



# De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

**EXTRA**

## Mieten runter! - Wohnraum schaffen!

Forderungen der DKP zur Wahl der  
Bezirksvertretung Innenstadt 2014

*Am 25. Mai 2014:*



[www.dkp-koeln.de](http://www.dkp-koeln.de)

## Versprochen!

*Tünnès: Alle Parteien versprechen Wohnungen und bezahlbare Mieten.*

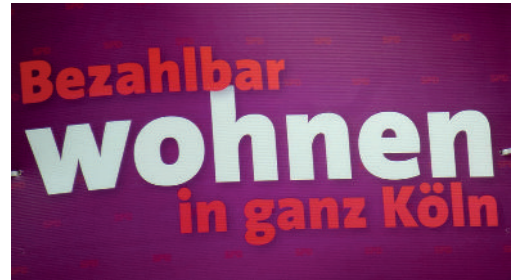
*Schäl: Da kann ja nichts mehr schief gehen.*

Es kann schief gehen. Und warum? Kürzlich wurde mussten einige Hundertschaften Polizei sehr früh aufstehen, weil Kalle Gerigk aus seiner Wohnung zwangsgeräumt wurde. Er wird nicht der letzte sein, dem das blüht. In Köln steigen die Mieten. Allein im vergangenen Jahr um 9 Prozent. Nur noch 7% des Wohnungsbestandes sind in der Sozialbindung. Aber 45% der Kölnerinnen und Kölner haben einen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Bundesweit gibt es jährlich 25 000 Zwangsräumungen. Diese Zahl steigt. Alle stimmen darin überein: die Wohnungsnot ist eins der brennendsten sozialen Probleme. Dabei gehört Wohnen zu den sozialen Menschenrechten. Aber der Kapitalismus kann es offenkundig nicht sichern. Denn die Wohnung ist eine Ware wie jede andere. Man muß sie sich leisten können.

CDU, SPD, FDP und Grüne wollen wieder in den Stadtrat. Aber sie saßen auch schon vorher drin und hatten jede Gelegenheit, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.



CDU



SPD

Wer trägt die Verantwortung dafür, daß mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen als angeboten werden? Dass überhaupt zu wenig Wohnungen errichtet werden? Was sind die Gründe für die steigenden Mieten? Hat das Methode oder haben wir es mit Fehlplanungen zu tun? CDU und FDP behaupten letzteres, offenbar weil sie in der vergangenen Legislaturperiode weder Mehrheit noch Verantwortung hatten.

### Profite mit der Miete

Die Mieten steigen, weil Bauherren ausschließlich bauen, wo Renditen locken. Der Wohnungsmangel treibt die Mieten hoch. Dazu kommt: schon in die Grundstückspreise sind maximale Mieten einkalkuliert. Folglich treibt sogar das Subventionssystem des Sozialen Wohnungsbaus die Grundstückspreise hoch.

Die CDU-Forderung: „Private Investoren müssen Anreize geboten bekommen“ macht die Investoren gierig und die Mieten teuer. Dieser Satz beschreibt sogar exakt den Zustand, den alle beklagen. Die FDP will: „Alle Bauherren, Privatpersonen



Grüne

wie gewerbliche Investoren, müssen von der Verwaltung besser betreut werden.“ Die SPD möchte „private Investoren in die Pflicht nehmen, geförderten Wohnungsbau zu errichten“, sie also zu Gewinnen verdonnern.

In Wahrheit sind gegenwärtig die Kredite ohnedies so billig, dass Bauherren lieber auf die Fördergelder verzichten, um sich der Mietpreisbindung zu entziehen.

Die Grünen – immerhin – verschweigen nicht, daß die Wohnungsnot etwas mit dem Kapitalismus zu tun hat. Sie sagen: „Die Finanz- und Eurokrise hat eine große Spekulationswelle auf den großstädtischen Immobilienmärkten ausgelöst, weil globales Kapital und regionale Kleinanleger Sicherheit und Rendite im Grundvermögen suchen. Die Folgen sind steigende Immobilienpreise, Luxuswohnungsbau und Eigentumsumwandlungen.“

Sie halten 5000 neue Wohnungen pro Jahr für nötig.

Auch die Partei Die Linke sagt richtig: „Der Markt verschärft das Problem: Den Gewinnerwartungen privater Investoren folgend wurden 2013 in Köln nur 530 Sozialwohnungen gebaut, aber etwa 3.000 teure Wohnungen.“ Sie fordert wie der Mieterverein den Bau von mindestens 2000 Sozialwohnungen im Jahr, die vor allem durch

die Stadt und ihre Unternehmen zu bauen wären.

### Investoren motivieren?!

Die Kapitalismuskritik von Grünen und PDL bleibt aber folgenlos. Beide haben zusammen mit SPD und CDU im Stadtrat am 17. Dezember ein Maßnahmenpaket verabschiedet. Es ist völlig unzulänglich. Was plant denn die „Ganz Große Koalition“?

Ein „kooperatives Baulandmodell“ und ein Sonderprogramm „Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren“.

Mit dem Baulandbeschluss soll erreicht werden, daß 30 Prozent des Neubaus aus Sozialwohnungen besteht. Mit dem Sonderprogramm will die Stadt 150 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche noch auf die Förderung drauf legen und damit die Investoren locken. Das Programm ist indes bei 2 Millionen Euro gedeckelt, so dass allenfalls 150 Wohnungen zusätzlich gefördert werden.

Versprochen sind 1000. Die werden nicht erreicht werden. Im vergangenen Jahr waren es immerhin 537 (2012 nur 210). Gleichzeitig fielen 1400 Sozialwohnungen aus der Bindung.



Partei DIE LINKE.

Kein Wunder ist, dass solche Programme von der FDP abgelehnt wurden. Die Liberalen sind sogar gegen Milieuschutzsatzungen, die teure Sanierungen erschweren könnten, und gegen „eine ideologisch getriebene Wohnungsbaupolitik, investitionshemmende Diskussionen über Mietpreisbremsen, sogenannte Milieuschutz-Satzungen und komplizierte Bauvorschriften“, weil sie Investoren abschrecken könnten. Im Umkehrschluss muss man unterstellen, dass die „Partei der Besserverdienenden“ es auf hohe Mieten anlegt, um Investoren zu ermutigen. Für die FDP erscheint die gegenwärtige Katastrophe ebenso wie für die Investoren der wünschenswerte Zustand. Auch die anderen Ratsparteien haben dazu keine Alternative. Alle wollen Investoren heranlocken. Gerne wird behauptet, die Stadt habe für eigenen Wohnungsbau kein Geld. Tatsächlich aber werden schon durch die Fördermaßnahmen die Baukosten im Geschosswohnungsbau vollständig abgedeckt. Glauben Sie keinem, der das bestreitet!



FDP

### Was sagt die DKP?

Sozial kann der Wohnungsbau nur sein, wenn Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut werden, in öffentlichem Eigentum bleiben. Das fordern wir. Das Geld dafür ist da.

Wertsteigerungen von Grundstücken spiegeln die Gewinnerwartungen und entstehen aber ohne jegliches Zutun der Eigentümer. Grund und Boden müssen in Gemeineigentum überführt werden!

Und das alles will die DKP in der Bezirksvertretung erreichen?

Zugegeben, das dürfte schwer fallen, zumal die Bezirksvertretungen ohnehin sehr wenig zu sagen haben. Aber wir sind sicher, dass wir die eine oder andere Grundstücksspekulation veröffentlichen, Mietwucher enthüllen und helfen könnten, die eine oder andere Empörung auf die Straße zu bringen.

Ohnehin mindert jede Stimme für die DKP die Frechheit der Spekulanten und erhöht den Druck für „Mieten runter! Wohnraum schaffen!“

-Klaus Stein



Piraten

# **Wahlprogramm der DKP Köln Innenstadt**

## **Mieten und Wohnungen**

### **Gegen Zwangsräumungen**

In Köln steigen die Mieten. Schon im März vergangenen Jahres war die durchschnittliche Angebotsmiete um 9,1 Prozent auf 9 Euro pro Quadratmeter geklettert. 87% der Alleinerziehenden und 77% der Befragten mit Familie in Köln meinen, dass die monatliche Belastung fürs Wohnen zu hoch ist. Und viele müssen raus. Hunderte von Zwangsräumungen sind fällig. Ihre Zahl steigt. Die DKP ist dabei, wenn Zwangsräumungen verhindert werden.

### **Was macht der Stadtrat gegen die Wohnungsnot?**

Daß der Wohnungsmarkt das Menschenrecht auf Wohnen nicht sichern kann, leuchtet offenbar auch dem Kölner Stadtrat ein. Mittels Milieuschutzsatzungen und zwei Sonderprogrammen will er sozialen Wohnungsbau in der Innenstadt fördern. Aber angesichts des geringen Zinsniveaus empfinden Bauherren die Sozialbindung als vermeidbare Belastung und lassen öffentliches Baugeld liegen.

So ist abzusehen, daß die Stadt das Ziel von jährlich 1.000 neuer geförderter Mietwohnungen verfehlen wird. Im vergangenen Jahr wurden immerhin 537 gebaut (2012 nur 210), gleichzeitig fielen aber 1400 Sozialwohnungen aus der Bindung. 45% der Kölnerinnen und Kölner haben Anspruch auf eine Sozialwohnung. Es befinden sich aber nur noch 7% des Kölner Wohnungsbestandes in der Sozialbindung.

### **Wohnungen in öffentliches Eigentum!**

Ohnehin kann das Zugeständnis zeitweiliger Mietpreisbindung eine Subventionierung, die an die Gesamthöhe der Baukosten heranreicht, nicht rechtfertigen. Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut werden, sollten in öffentliches Eigentum übergehen.

Wer die Mieten mit marktwirtschaftlichen Mitteln bändigen will, müsste das jährliche Bauvolumen sogar über den unmittelbaren Bedarf heben, mindestens aber 4000 neue Wohnungen im Jahr bauen.

### **Büroleerstand**

Büroflächen werden über Bedarf bereit gehalten. Büroleerstand wird steuerlich begünstigt. Mit der Folge, daß allein in Köln 700 000 Quadratmeter Büroflächen auf Mieter warten. Wir wollen keine weiteren Büropaläste in der Innenstadt. Leerstehende Büros sollten in Wohnungen umgewandelt werden.

### **Die zweite Miete**

Schlimm ist die Entwicklung der Nebenkosten, insbesondere für Strom und Gas. Immer mehr Betriebe können sich die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz ersparen, während der Endverbraucher zur Kasse gebeten wird. Ein Skandal. Jährlich wird 10 000 Haushalten in Köln der Strom abgestellt. Das muß aufhören!

## Das Dombrauereigelände

Wir fordern anstelle eines Justizzentrums den Bau von Geschosswohnungen auf dem Grundstück der ehemaligen Dombrauerei an der Alteburger Straße. Es ist das Grundstück, das Bouwens-Adenauer im Jahr 2008 für wenig Geld erworben und acht Wochen später für viel Geld an das Land verkauft hat. Artikel 29,2 der Landesverfassung lautet: „Das Land hat die Aufgabe, nach Maßgabe der Gesetze neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen [...]“. Von Justizzentren ist da nicht die Rede. Wir schlagen seit Jahren vor, dass hier Wohnungen in öffentlicher Hand gebaut werden. Sie könnten mit günstigen Mieten zur Dämpfung des Mietpreinsniveaus in der ganzen Stadt beitragen. Runter mit den Mieten!

## Sozialticket für 15 Euro

33 Euro sind zu viel für ein Sozialticket. Nach SGB II und SGB XII sind für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – einschließlich Regionalverkehr 24,62 Euro im Monat vorgesehen! Der Regelsatz von 391 Euro bedeutet ohnehin ständige Einschränkung. Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen, ist aber die Voraussetzung zur Teilnahme am allgemeinen Leben, gleich, ob es um den Besuch von Freunden oder Ärzten, die Arbeitsplatzsuche oder den Ausflug mit den Kindern ins Grüne geht. Seit Jahren drängen Sozialticket-Initiativen - zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbslosengruppen und anderen – auf die Einführung eines Sozialtarifs in den öffentlichen Verkehrsmitteln in NRW. Es sollte für ganz NRW gelten. Schülerinnen und Schüler müssen ein kostenloses Schokoticket erhalten.

## Kommunale Finanzen

Die Städte sind arm. Ihr Armut indes ist beabsichtigt. Schuldenbremsen schränken die Kreditaufnahme von Bund und Ländern ein. In der Folge werden Kosten öffentlicher Aufgaben auf die überschuldeten Kommunen überwälzt. Das nennt sich dann „schlanker Staat“. Auf der anderen Seite bewahrt die Europäische Zentralbank (EZB) „systemrelevante“ Banken vor dem Bankrott, indem sie unbegrenzt Anleihen überschuldeter Staaten ankauft. Dafür werden Hunderte von Milliarden Euro bereit gestellt.

Steuern für Reiche sind nicht vorgesehen. Hinterziehung wird zu wenig geahndet. Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich angekündigt. Unmittelbar vor der Wahl hören wir zwar nichts davon. Aber nachdem im vergangenen Jahr weitreichende Kürzungen durch Proteste abgemildert werden konnten, droht nach dem 25. Mai eine neue Sparwelle und die Schließung von Sportanlagen, Bühnen, Jugend- und Bürgerzentren.

Da kann man sich leicht verwählen. Aber Wirkung zeigen ohnehin nur massenhafte Proteste auf der Straße. Die DKP ist dabei.

## Kultur

### Jüdisches Museum

Die DKP ist für die archäologische Zone und das geplante jüdische Museum in Köln. Sie freut sich über die neuerliche Förderzusage des Landes, die den Eigenanteil der Stadt unter 30 Millionen verringern soll. Diese Förderzusage nimmt zudem den Kräften in der Stadt den Wind aus den Segeln, die mittels Bürgerbegehren unter dem Vorwand hoher Kosten alten

Ressentiments Geltung zu verschaffen drohten. Wir plädieren im Streit um das Konzept des Museums für die Variante, die den Beitrag des Judentums zur Geschichte Kölns ausführlich erfasst und anschaulich macht.

## **Stadtmuseum**

Die DKP ist für die Renovierung und den Erhalt des Zeughauses als Stadtmuseum. Wir halten gar nichts davon, diesen schönen Renaissancebau den Immobilienspekulanten zur Verfügung zu stellen.

An der Kultur darf nicht gespart werden. Freie, alternative, Alltags- oder sogenannte Hochkultur, alles, was die Menschen der Gehirnwäsche der Massenmedien entzieht, verdient gefördert zu werden. Museen, Theater, Oper müssen mit niedrigen Eintrittspreisen allen Kölnerinnen und Kölnern dieser Stadt zugänglich bleiben, ebenso wie öffentliche Bibliotheken und Archive. Wir treten für die verstärkte Förderung der kleinen Theater und von Künstlerinitiativen ein.

## **Bürgerzentren**

Die DKP ist für den Erhalt und Ausbau der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Sie müssen ausgebaut werden und gegen die Begehrlichkeit von Grundstücks- und Immobilienspekulanten verteidigt werden.

## **Die Verantwortlichen für den Einsturz des Stadtarchivs zur Verantwortung ziehen!**

Am 3. März 2009 stürzte das Historische Archiv der Stadt Köln ein. Es starben 2 Menschen. Ein erheblicher Teil des Archivbestandes ist beschädigt worden. Die Kosten der Restaurierung der Archivalien werden derzeit auf 350 bis 400 Millionen Euro geschätzt. Der Gesamtschaden wird mit ungefähr 1 Milliarde Euro beziffert. Allein die Aufräumarbeiten an der Einsturzstelle verschlangen 30 Millionen Euro.

Seit dem Einsturz sind fünf Jahre vergangen. Was ist seither passiert? Ende 2012 begann man zur Klärung der Ursachen mit dem Bau eines kostspieligen Besichtigungsbauwerks, das erst im Sommer diesen Jahres fertiggestellt sein soll. In diesem Jahr liefen aber schon die Verjährungsfristen für eine strafrechtliche Verfolgung ab, weswegen gegen etwa 100 Personen vorsorglich Klage erhoben wurde.

Es ist zu befürchten, dass die Verantwortlichen geschützt werden. Die am Bau der U-Bahn beteiligten Baukonzerne haben es vorsätzlich an technischen Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen fehlen lassen. Dem diente der geheime Charakter der Verträge und der vorausschauende Abbau von aufsichtsfähigem Personal bei KVB und Stadtverwaltung.

### **Die DKP-Köln fordert:**

Die beteiligten Baukonzerne Bilfinger Berger, Weyss & Freytag sowie Züblin sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Sie sollen für die Schäden aufkommen.

Die Verantwortlichen in den Konzernen, der KVB und in der Stadtverwaltung müssen strafrechtlich belangt werden.

# Unsere Kandidaten:



*Walter Stehling,*

(54 Jahre, freischaffender Künstler), mitte

*Klaus Stein*

(68 Jahre, Lehrer i.R., aktiv in sozialen Bewegungen  
und soziokulturellen Einrichtungen), rechts

*Volker Scholz-Goldenberg*

(43 Jahre, Versicherungsangestellter, Betriebsrat), links